

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksachen 11/4508, 11/4765 —

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/4686, 11/4709, 11/4765 —

Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Wegner, Frau Rust, Kalb und Zywietz

Mit den gleichlautenden Gesetzentwürfen ist beabsichtigt, das Kindergeld für das zweite Kind zum 1. Juli 1990 von 100 DM auf 130 DM zu erhöhen. Daneben sind kleinere Änderungen des Bundeskindergeldgesetzes vorgesehen, die sich inzwischen als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Mit der Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind ab dem 1. Juli 1990 wird der Bundeshaushalt im Jahr 1990 mit 420 Mio. DM und in den Folgejahren mit je 840 Mio. DM belastet.

Die ferner vorgesehene Einschränkung der Ausschlußfrist nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 des Bundeskindergeldgesetzes trägt der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs Rechnung, nach der die Kinder-

geldzahlung für bestimmte Fallgruppen nicht aufgrund der Familienzulage der EG-Bediensteten ausgeschlossen werden darf.

Hierdurch entstehen bereits ab dem laufenden Haushaltsjahr geringfügige Mehraufwendungen, die im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel aufgefangen werden können.

Die durch die Gesetzentwürfe ab 1990 entstehenden Mehrausgaben werden bei Kapitel 15 02 im Bundeshaushalt 1990 sowie bei der Fortschreibung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes berücksichtigt.

Den Ländern und Gemeinden entstehen keine zusätzlichen Ausgaben.

Die Gesetzentwürfe sind mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 14. Juni 1989

Der Haushaltsausschuß

Walther	Frau Dr. Wegner	Frau Rust	Kalb	Zywietz
Vorsitzender	Berichterstatter			